

**HANS GEIGER**

Grossbanken geniessen einen Sonderstatus, sagt der Professor.

Seite 30

MEDIKAMENTE

Fehler bei der Verschreibung verursachen Millionenkosten.

Seite 30

GESUNDHEITSBRANCHE

Die Zentralschweiz setzt bei der Weiterbildung Massstäbe.

Seite 31

MARKT

Wirtschaftsexperte Franco Taisch

«Arroganz ist fehl am Platz»

Unsere Banken bewährten sich in der Krise. Dennoch würde der Branche etwas mehr Demut nicht schaden, sagt Franco Taisch. Nicht nur wegen der hohen Löhne.

INTERVIEW VON SVEN GALLINELLI

Franco Taisch, der Steuerstreit mit Deutschland, überzogene Managerlöhne, neue Regulierungen im Bankenwesen, das bedrohte Bankgeheimnis, die schlingernde UBS: Man hat das Gefühl, der Schweizer Finanzplatz sei völlig aus den Fugen geraten und komme einfach nicht zur Ruhe.

Franco Taisch*: Auf globaler Ebene ist die Finanzwelt noch immer in einer Krise, die jetzt auch richtig auf die Realwirtschaft durchschlägt. Globalen Trends kann sich auch die Schweiz nicht entziehen. Und so kämpfen auch wir mit Schwierigkeiten. Aber ich glaube, dass unsere Schwierigkeiten verhältnismässig verkraftbarer sind als anderswo.

Mit anderen Worten: Dem Ausland geht es schlechter als uns?

Taisch: Ja – um das zu begreifen, muss man die schweizerische Froschperspektive verlassen. Und dann fällt auf: Unser Bankensystem ist noch sehr stabil, unsere Banken, mit Ausnahme der UBS, sind robust, kämpfen und bewähren sich sehr gut in dieser Krise. Es ist zwar zurzeit nicht lustig, aber es herrscht definitiv keine Untergangsstimmung in der Schweiz.

Dennoch gibt es diverse Baustellen. Welche sollte prioritär behandelt werden?

Taisch: Es gilt zu unterscheiden: Es gibt technische Baustellen, und es gibt Werte-Baustellen. Lassen Sie mich zuerst etwas zu den Werten sagen. Da möchte ich eine alte Tugend wiederbeleben: Dem Finanzplatz Schweiz und dessen Akteuren würde etwas Demut guttun.

Wo wäre diese Charaktereigenschaft aus Ihrer Sicht angebracht?

Taisch: Der etwas populistisch gehene Fokus beginnt hier natürlich beim Lohn, gerade bei den Banken. Aber Demut liegt viel tiefer: Bei der Einstellung etwa. Die Finanzdienstleister und deren Manager haben sich in der Vergangenheit oft gänzlich auf Machtzuwachs und einseitig verstandene finanzielle Maximierung ausgerichtet. Aber wenn jemand an einer so wichtigen Schaltstelle des Finanzsystems steht, die auch die Realwirtschaft wesentlich beeinflusst, dann sind Arroganz und Hochmut fehl am Platz. Demut hat, wer sich nicht um jeden Preis selbst optimiert und nachhaltige Ziele für das Unternehmen und damit schliesslich indirekt auch für die Gesellschaft verfolgt.

Reden wir statt über Werte über die technischen Baustellen. Welches sind die derzeit grössten?

Taisch: Hier gibt es drei globale Trends, denen sich auch die Schweiz nicht entziehen kann. Trend 1: Der Kampf vieler finanziell angeschlagener Länder gegen die Steuerhinterziehung. Trend 2: Das Bestreben, die Systemrisiken von grossen Finanzdienstleistern zu begrenzen. Und Trend 3: Die Frage, was der richtige Lohn für einen Manager ist.

Dann schön der Reihe nach – sprechen wir über den ersten Trend, die Jagd vieler Länder nach sündigen Bürgern, die ihr Geld dem Fiskus vorenthalten.



Die Schweiz trotzt den wirtschaftlich stürmischen Zeiten besser als andere Länder.

EX-PRESS

EXPRESS

- ▶ Staatlich vorgegebene Maximallöhne sind kein taugliches Mittel.
- ▶ Auch die Abzockerinitiative gehe zu weit, sagt Franco Taisch.

Ich verstehe, dass es für grossen Unmut sorgt, wenn einzelne Manager bis zu 50 Millionen Franken im Jahr abzügeln. Allerdings wird die Diskussion um die Boni und Managerlöhne sehr oft auch rein populistisch ausgeschlachtet. Dabei liegt die Crux woanders.

Wo?

Taisch: Ich glaube nicht, dass staatlich vorgegebene Maximallöhne das Richtige sind für die Zukunft, vor allen Dingen, wenn sie nur eine Industrie betreffen. Das wäre eine starke Einflussnahme des Staates in eine wichtige Freiheit, nämlich die Vertragsfreiheit. Natürlich gibt es auch viele schlechte Verträge, das ist unbestritten. Aber das ist nun mal unsere Freiheit. Der Protest gegen zu hohe Löhne muss ganz woanders artikuliert werden. Zum Beispiel durch die Investoren.

Sie sehen die Aktionäre in der Pflicht?

Taisch: Jawohl. Wenn der Aktionär das Gefühl hat, dass die Bank X zu hohe Boni fürs Topmanagement und zu hohe Löhne fürs Middle Management auszahlt, dann muss er entweder seiner Stimme mit bestehenden rechtlichen Mitteln Gehör verschaffen oder schlicht seine Aktien veräussern. Wenn schliesslich niemand von uns mehr die Aktien einer Gesellschaft kauft, fällt deren Wert und hat sie damit weniger Potenzial, so hohe Löhne auszuzahlen. Mir ist es viel lieber, wenn der Aktionär interveniert, als dass der Staat ein wichtiges Freiheitsrecht beschränkt.

Dann müssten Sie eigentlich auch Sympathien für die Abzockerinitiative haben, die ja den Aktionären mehr Mitspracherecht bei der Lohngestaltung des Managements einräumen will.

Taisch: Da müssen wir aufpassen! Mein Grundsatz ist, dass der Aktionär reagieren soll und nicht der Staat. Das ist das eine. Wenn wir die Abzockerinitiative ins Spiel bringen, dann geht es vor allem auch um das Wie. Das ist das andere. Und hier schiebt die Initiative weit ins Negative hinaus.

Erklären Sie.

Taisch: Wir haben ein sehr gutes Gesellschaftsrecht in der Schweiz, das eine klare Aufgabenteilung zwischen dem Verwaltungsrat, der Geschäftsleitung und der Generalversammlung vorsieht. Die Festlegung der Löhne kann nicht der Generalversammlung unterliegen, da es vielen Aktionären am nötigen Branchen-Know-how fehlen dürfte. Auch wäre das im Geschäftsalltag nicht praktikabel: Stellen Sie sich vor, man würde mit einem Geschäftsleitungsmitglied einen Vertrag abschliessen, und man müsste eine ausserordentliche Generalversammlung einberufen, um dessen Lohn festzulegen. Das muss an den Verwaltungsrat delegiert bleiben, der schliesslich der Statthalter der Aktionäre ist. Und wenn der Verwaltungsrat sich nicht so verhält, wie ich das erwarte, dann wähle ich ihn ab. Als Aktionär habe ich Einflussmöglichkeiten. Sie wahrzunehmen, heisst auch, seine Rolle als Aktionär verantwortungsbewusst zu spielen.

HINWEIS

* Franco Taisch (50) ist Ordinarius für Wirtschaftsrecht und Direktor des Institutes für Unternehmensrecht an der Universität Luzern. ◀

Reden wir über Trend Nummer 2: Die Verminderung von Systemrisiken. Müssen die Finanzmarktbehörden grossen Banken wie einer CS oder UBS, die eben die ganze Wirtschaft mit in die Abwärtsspirale ziehen könnten, die Flügel stutzen?

Taisch: Es gibt derzeit verschiedene Vorstösse, wonach man unsere Banken kleiner machen oder aufteilen soll; gerade dort, wo der Staat sich finanziell engagiert. Solche Forderungen sind aus meiner Sicht übereilt. Auch



«Es herrscht definitiv keine Untergangsstimmung in der Schweiz.»

FRANCO TAISCH

hier muss man einen Schritt zurückgehen, das Problem funktional betrachten und sich fragen: Wo liegt denn das Systemrisiko überhaupt? Es liegt dort, wo Finanzdienstleister eine zentrale Rolle für die ganze Wirtschaft spielen; da reden wir vor allem vom Zahlungsverkehr und dem Kredit- und Sparwesen. Die reine Vermögensverwaltung hingegen ist beispielsweise nicht ein Geschäftsmodell, das ent-

scheidenden Einfluss auf ein grösseres System hat.

Und wo sehen Sie nun die Lösung im Umgang mit Banken, die Systemrisiken bergen?

Taisch: Ich hätte Sympathie für einen neuen Weg: Dass wir den Banken nicht mehr einfach eine Einheitslizenz ausstellen, mit der sie alle möglichen Geschäftsbereiche abdecken können. Sondern dass wir Lizenzen für spezifische Bankengeschäftsmodelle vergeben, die dann je nach Systemrelevanz an Bedingungen geknüpft sind. Wenn also eine Bank ein Geschäftsmodell verfolgt, bei dem sie in für das Funktionieren des Wirtschaftssystems zentralen Gebieten tätig sein will, wie dem Zahlungsverkehr, kann sie das tun. Dann enthält ihre Lizenz aber spezifische Restriktionen, etwa Ausschluss von Investmentbanktätigkeiten. Andere Institute, die sich beispielsweise nur aufs Private Banking konzentrieren wollen, wären hingegen von solchen Restriktionen entbunden.

Kommen wir zum dritten Trend, der Diskussion über die Managerlöhne, einem Dauerbrenner, der die Volksseele regelmässig kochen lässt. In den vergangenen Tagen haben wir erfahren, dass CS und UBS wieder Milliardenboni auszahlen. Ist es nicht endlich Zeit, dass diesem Treiben ein Riegel geschoben wird?

Taisch: Einmal mehr ist das Problem hier, dass sich die Schweiz internationalen Entwicklungen nicht entziehen kann.